

Zu diesem Heft – Über die Notwendigkeit radikalen Denkens

Samuel Huntingtons These, dass seit dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr die Differenz von zwei politischen Ideologien, sondern die Konflikte zwischen Zivilisationen das Weltgeschehen bestimmen, dass kulturelle Identitäten und Wertvorstellungen als polarisierende Kräfte in der internationalen Politik eine zunehmende Rolle spielen, ist seinerzeit mit heftiger Kritik und Abwehr aufgenommen worden. Wenn die psychoanalytische Regel zutrifft, dass die Stärke der Abwehr proportional zu der Kraft ist, die aufgewendet werden muss, um ein Tabu aufrechtzuerhalten, dann hat Huntington damit an einem starken Denkverbot gerüttelt. Hatte man sich nicht, ausgehend vom liberalen Ideal der individuellen Freiheit des 19. Jahrhunderts,¹ allzu gerne an eine Vorstellung vom friedlichen Nebeneinander einer als völlig indifferent »bunt« beschriebenen kulturellen Vielfalt angelehnt und gebetsmühlenartig das Mantra der Weltoffenheit exportgetriebener Gesellschaften heruntergeleiert? Und hatte man nicht, ausgehend vom Ansatz des methodischen Individualismus, die Biographien in Mosaiks zerlegen wollen, die man meinte stets nach der Mode neu basteln zu können, und mit Begriffen wie »Transkulturalität« oder »Hybridität« operiert, in der verwegenen Annahme, dass der Mensch sich jederzeit »neu erfinden« könne und dass Kultur nur etwas mit Zuschreibung zu tun habe, also etwas Oberflächliches sei, das man wechseln könne wie Sommer- und Wintermantel? Die Konstruktion eines abstrakten Menschen, der vor dem Vorgang der Zuschreibung einer *tabula rasa* gleicht und im biologischen Keim alles in sich trägt, was aus einem Menschen werden kann, bevor man ihn durch Vorurteile und Schranken von den Möglichkeiten ausschließt, die Freiheit seines ganzen Menschseins auszuleben, erinnert an das aufklärerische Ideal von der natürlichen Gleichheit der Menschen bei der Geburt. Es blieb ein unerfülltes romantisches Versprechen und wurde weder in der Französischen noch in der Russischen Revolution eingelöst, ganz zu schweigen von den asiatischen Revolutionen in Kambodscha oder den wahhabitischen im Nahen Osten. Alle diese Revolutionäre hatten den liberalen Traum, einen »neuen Menschen« schaffen oder freilegen zu wollen, der alle Ketten seiner bourgeoisen oder westlichen Vergangenheit verliert und vergisst – mit dem Ergebnis, dass ein reiner proletarischer oder islamischer Mensch zum Vorschein kommt. Sie sind an diesem Vorhaben gescheitert, nicht, weil sie die Natur unterbewertet hätten, sondern weil sie die *longue durée* der sozialkulturellen Prägung der Menschen, ihres Seelenhaushalts und ihrer Symbolwelt unterschätzt haben: Die Einbettung der Menschen in ihre Umwelt ist tiefer und fester angelegt, als die Aufklärer glaubten, der Mensch ist ein *animale symbolicum*, dessen Orientierungsweise durch Sprache, Mythos, Religion und Wissenschaft² ihm erst seine dauerhaften

1 Das zum »Vorbild der Menschheit« wurde; vgl. Pankaj Mishra 2015. »ISIS. Die Attraktion des Ressentiments und der bevorstehende Flächenbrand«, in *Lettre International*, Herbst 2015, S. 31-36, hier S. 32.

2 Vgl. Friedhelm Neidhardts Analyse zur Sprache der Soziologie in diesem Heft.

Handlungsmöglichkeiten verschafft. Nicht das bloße Betrachten, sondern das Tun bildet den Mittelpunkt, von dem für den Menschen die geistige Organisation der Wirklichkeit ihren Ausgang nimmt, schrieb Ernst Cassirer. Ihre Geschichte, die nicht nur die Geschichte des Einzelnen ist, sondern mit der Geschichte der Gruppe verwoben ist, ihre Erlebnisse, ihre Konfliktstrategien, die an die Erlebnisse ihrer Gruppe und ihrer Vorfahren anschließen, und ihre Interdependenzen, die auch die Abhängigkeiten ihres Landes zum Rest der Welt widerspiegeln, alle diese Elemente sind es, die ihren Charakter und ihren Habitus prägen. Ihre Sprache ist geformt von den Beziehungen und bildet den Deutungshorizont ihres Weltbilds ab, denn der Mensch ist kein einfach gestricktes Vernunftwesen, das rationalökonomischen Anreizen folgt wie der Pawlow'sche Hund der Wurst, sondern ausgestattet mit biographisch geformtem Geist und moralischer Empfindsamkeit – und mit einem Über-Ich, welches auf den eigenen Ruf achtet und ihn zugleich im eigenen Namen oder im Namen der Familie, der Gruppe oder des Vereins zu schützen gebietet mit den jeweiligen Mitteln der eigenen Kultur.

Die Allmachtvorstellung dieser idealistischen Richtung, von heute auf morgen einen neuen Menschen herstellen zu können, die sich in liberalem Denken bis in unsere Tage gehalten hat, gerät zunehmend in die Defensive. Vielfalt, so beginnt man zu bemerken, bedeutet auch viele Konflikte, denn so wenig, wie mit der technischen Aufrüstung und der Öffnung von Märkten eine Demokratisierung der Gesellschaften einhergeht, so wenig geht auch mit der Immigration in ein neues Land ein automatischer Charakterwechsel und ein Wechsel von Sprache, Einstellungen und Normen einher. Tatsächlich findet ein Zusammenprall der Kulturen auf den verschiedensten Ebenen statt, und es wäre sträflich, sich dieser Wahrnehmung zu verschließen: Würde man die Immigranten als vollständig Fremde, als »Andere« charakterisieren, so würde man zweifellos dem Fehler des Substantialismus verfallen, doch die Weigerung, die kulturelle Prägung überhaupt als Verschiedenheit wahrzunehmen, endet in einem nicht gesellungsfähigen Relativismus der Werte.

Die Darstellung eines solchen kulturellen Zusammenpralls am Beispiel des dänischen Karikaturenstreits (Jana Sinram in diesem Heft) bietet ganz besonderes Anschauungsmaterial dazu: Einer gezielten Provokation von Seiten dänischer Journalisten folgten lange Debatten unter den Imamen, die sich in einem Brief ein Gespräch mit der dänischen Regierung wünschten. Während sich die dänische Regierung zunächst hinter dem Hinweis auf die Pressefreiheit verschanzte, organisierte die ägyptische Botschafterin ein Treffen mit den Repräsentanten mehrerer islamischer Staaten, und es ging ein weiterer Brief an den dänischen Ministerpräsidenten, unterzeichnet von den Botschaftern der Türkei, Irans, Ägyptens, Algeriens, Libyens, Saudi-Arabiens, Pakistans, Indonesiens, Bosnien-Herzegowinas, Marokkos und der Vertreter der Palästinensischen Autonomiebehörde, in dem sie ihn um ein Treffen baten und eine »Schmutzkampagne« gegen Muslime in Dänemark beklagten. Erst als Handelssanktionen drohten, distanzierte sich der dänische Ministerpräsident von den Karikaturen und erklärte, er habe einen so großen Respekt vor den religiösen Überzeugungen von Menschen, dass er persönlich nie Mohammed, Jesus oder andere religiöse Persönlichkeiten auf eine Art und Weise darstellen würde, die andere Menschen kränken würde.

Statt jener Gastfreundschaft, die in arabischen Ländern als striktes Gebot gegenüber Fremden gilt, schlug den Muslimen also eine merkwürdige Kampfansage entgegen. Und sie reagierten nicht mit einem Blick in die dänische Verfassung, sondern mit den Mitteln der Konfliktlösung, die ihnen aus eigener Erfahrung zur Verfügung stehen. Mit dieser Form der Bearbeitung von Konflikten aber konnten die dänischen Politiker nicht umgehen und reagierten erst, als die Immigranten Mittel einsetzen, die für die dänische Wirtschaft gefährlich zu werden drohten.

Die Institutionen, die den Umgang unter den Dänen regeln, sind völlig verschieden von denen, die das Leben in der arabisch-mohammedanischen Welt bestimmen: Einem säkularen Staat, dessen Gewaltmonopol auf den drei Säulen von Exekutive, Legislative und Judikative beruht, steht ein wesentlich weniger festes Institutionensystem gegenüber,³ das in einer nichtkirchlich verfassten Religion wurzelt, also jenen transzendentalen Bezug besitzt, den Eric Voegelin in der Moderne so schmerzlich vermisst hat (vgl. Jan Rohgalf in diesem Heft). Es überspannt mehrere Länder und verfügt über Möglichkeiten der Reaktion bis in die diplomatische und ökonomische Ebene.

Dass es sich wenn nicht um Gäste, so doch um Neuankömmlinge handelte, die man nicht beleidigt, sondern gastfreundlich aufnimmt, dieser Gedanke kam nicht auf, denn man wünschte gar keine Gäste, die anders sind. Vielleicht kann man daraus umgekehrt schließen: Dänen wollen ihre Gäste gleich anfangs erproben? Wenn sie die Härte und Schonungslosigkeit der ersten Behandlung aushalten, können sie langfristig zum Mitglied der Gemeinschaft der Dänen werden? Das Konzept des Initiationsritus hat jedoch seine Grenzen – was man mit Einzelnen machen kann, lässt sich kaum mit ganzen Gruppen durchführen, die ihr Eigenleben nicht aufgeben wollen.

Die Reaktionen in der Regierung und in den wichtigsten Zeitungen und Rundfunksendern Deutschlands sind sehr verschieden, die aktuelle Zivilisationsoffensive, die von Deutschland ausgeht, ist auch nicht neueren Ursprungs, sondern zeigt sich schon länger im bürgerschaftlichen Engagement, etwa für Schülerinnen und Schüler mit (und ohne) Migrationshintergrund, denen der berufliche und soziale Aufstieg erleichtert werden soll (Jana Heinz und Karl-Werner Brand in diesem Heft).

Zivilisationsoffensiven sind eine etwas sanftere Art, Integrationsdruck auszuüben: Statt der kalten Dusche eines Initiationsrituals geht man in Vorlage und bietet Integrationshilfen, von der Erstversorgung bis zur Flüchtlingsuniversität. Die Tatsache, dass den Flüchtlingen so hohe politische und mediale Aufmerksamkeit gilt, bildet allerdings – wenig überraschend – eine Herausforderung insbesondere für jenen wachsenden Teil der Bevölkerung, die sich von der Politik und der Presse bereits abgewertet und abgestempelt fühlen: Nicht mit Moralisierung, sondern mit einer

3 Peter Pawelka hat im Nahen Osten drei verschiedene Regimetypen ausgemacht, die »Staatsklassenregime«, die »bürokratischen Monarchien« und die »Konsenssysteme«, wobei letztere noch am ehesten unseren Demokratien gleichen, aber nur in zwei Staaten zu finden seien, nämlich in der Türkei und im Libanon. Freilich sind gerade diese beiden Staaten derzeit eher instabile Konsenssysteme. Vgl. Peter Pawelka 2002. »Der Staat im Vorderen Orient. Über die Demokratie-Resistenz in einer globalisierten Welt«, in *Leviathan* 30, 4, S. 431-454.

existenziell revitalisierten demokratischen Meinungs- und Willensbildung wäre dem sich hier zeigenden Populismus zu begegnen (Dirk Jörke und Veith Selk in diesem Heft).

Die Neutralität der Märkte gegenüber der Religion, den Normen und Usancen der Territorien und der Kaufleute selbst, die sich seit den frühen Handelsplätzen bis hin zu den heutigen exterritorialen Freihandelszonen zeigt, hat politisch stets nur dem Außenhandel nützen sollen. Solange diese Neutralität auf die Exterritorialität beschränkt bleibt und im Inland die Politik nach Maßgabe der gesellschaftlichen Werte dominiert, bleiben auch mögliche gesellschaftliche und Umweltschäden solcher Handlungsweisen begrenzbar.

Diese Neutralität des Marktes möchte Christoph Deutschmann aufheben und dem Markt ein zivilisatorisches Korsett verschaffen. Denn die Globalisierung sei, so schreibt er, nicht aufzuhalten, die Vernetzung der Produktion und der Arbeitsteilung mache nicht an den Außengrenzen der Nationalstaaten halt, und Theorien wirkten obsolet, die sich nur auf den nationalen Rahmen beziehen. So müsste die Volkswirtschaftslehre durch eine Weltwirtschaftslehre ersetzt werden. Dabei muss jedoch der Nationalstaat eine Rolle als Wahrer der zivilisatorischen Normen spielen, um »den globalen Markt in den Kreis moralisch und normativ relevanter Sozialverhältnisse einzubeziehen«. Nur so sei eine auf Dauer »tragfähige Kombination von globaler und lokaler Vergesellschaftung« aussichtsreich.

Der Weltmarkt beschleunigt auch die von John Lanchester erwartete zweite technische Revolution, die durch Computerisierung und Roboter nicht nur einfache Arbeitsplätze überflüssig machen wird und damit die Konkurrenz unter den abhängig Beschäftigten anheizen wird. »Es gibt mehr Branchen, die Arbeitsplätze verlieren, als Branchen, die Arbeitsplätze schaffen« warnte der Harvard-Ökonom und Präsidentenberater Larry Summers.⁴ Die Zahl der »überflüssigen jungen Menschen, die ins Wartezimmer der modernen Welt verbannt sind, in einem großen Calais der Erbärmlichkeit und Hoffnungslosigkeit«,⁵ wird weiter wachsen. Aus den Flüchtlingen, die hierbleiben, werden wenige Arbeitskräfte rekrutiert, während die übrigen zusammen mit den freigesetzten Arbeitskräften eine neue Reservearmee bilden, die allein durch ihre Stärke die Gesellschaft verändern wird: Nach Ansicht von Larry Page, einem der Gründer des Google-Konzerns, werden neue Technologien die Unternehmen nicht um zehn Prozent, sondern um das Zehnfache effizienter machen. Ob dadurch, wie Page meint, »die Dinge, die Sie sich für ein komfortables Leben wünschen, ... viel, viel billiger werden«, hängt allerdings auch von der Frage der Monopolisierung des Angebots ab. Nichts spricht jedoch für Pages Zuversicht, dass, »auch wenn es eine Unterbrechung in der Beschäftigung von Menschen« geben werde, dies »kurzfristig wahrscheinlich durch die sinkenden Kosten der Dinge ausgeglichen« werde. Denn sinkende Preise, also Deflation, bedeuten zwar steigende Kaufkraft, aber auch sinkende Ertragsaussichten und damit wachsende Arbeitslosigkeit, ein ökonomisches Gesetz, dessen innerer Zusammenhang Page verborgen geblieben zu sein scheint. Dabei kommt es, so Lanchester, auf die Geschwindigkeit

4 Vgl. Norbert Haering 2015. »Angst 4.0«, in *Handelsblatt* vom 26. Oktober 2015, S. 11.

5 Mishra, a.a.O., S. 35.

der technischen Revolution an, ob die wegfallenden Arbeitsplätze wieder ersetzt werden können – je rascher die Revolution sich ereignet, desto härter wird der Ausfall von Beschäftigungsmöglichkeiten die Gesellschaft treffen.⁶ Wenn die von Lanchester zitierten Autoren recht haben und innerhalb der kommenden 20 Jahre fast die Hälfte aller Arbeitsplätze unserer Gesellschaft wegfallen sollte, wird das politische System unweigerlich gesprengt, da es den Anspruch auf individuelle Teilhaberechte in keiner Weise mehr erfüllen kann. Ein solcher Prozess muss daher zu Verteilungskämpfen in einem nicht bekannten Ausmaß führen, die in den Demokratien unserer Tage mit ihren schwäblichen, teilweise zwar vorhandenen, aber nicht genutzten Mitteln der Umverteilung nicht eingefangen werden können. Die Frage stellt sich also, ob diese Kämpfe zu einem radikalen Umdenken im Rahmen unserer bestehenden Demokratien führen werden oder eher zu autoritären Lösungen einer hyperkapitalistischen Dystopie – oder aber zu Lösungen, wie sie sich der britische Schriftsteller und Maler William Morris erträumte, zu einer Welt voller Menschen, die eine sinnvolle und vernünftig bezahlte Arbeit verrichten, ergänzt durch Roboter, die den weniger attraktiven Teil der Arbeit übernehmen.

Reinhard Blomert

Zu Heft 3/2015

Nachtrag: Die Übersetzung des Beitrags von Mattias Kumm, *Ein Weltreich des Kapitals* in Heft 3/2014, besorgte Kurt Baudisch.

Korrektur: In Heft 3/2015 unterlief uns bei der Titelei des Aufsatzes von Oliver Kuhn ein Fehler. Der richtige Titel lautet »Kredit und Krise. Zur Theorie kapitalistischer Dynamik«.

6 Zur derzeit in der ökonomischen Zunft diskutierten »säkularen Stagnation« vgl. Coen Teulings; Richard Baldwin 2014. *Secular stagnation: facts, causes, and cures*. London: Centre for Economic Policy Research.